

# Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden.  
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Muskau und Dresden-Altkath.

Postkonto:  
Selb. Anstalt, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 5gepaltene Komparatizeile 5,00 M., Familienanzeigen 4,00 M., die 3gepaltene Reklamezeile 20,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechsel, Zeitung 1 M.

Nr. 74

Dresden, Dienstag den 28. März 1922

33. Jahrg.

## Kautsky gegen die U.-S.-P.-Zentrale

Genosse Karl Kautsky übersendet dem Vorwärts diesen Offenen Brief an die U.-S.-P.-Zentrale mit folgendem Begleitfahrschein: „Der vorliegende Brief war zuerst der Redaktion der Freiheit zur Veröffentlichung eingebracht worden. Da sie sich in ihrer augenblicklichen Lage gewisse Reserven auferlegen mußte, trägt sie Bedenken, ihn abzugeben. Ich ersuche daher die Redaktion des Vorwärts, mir Gattfreundschaft zu gewähren.“

Werde Genossen!

Im Morgenblatt der Freiheit vom 21. März veröffentlichte Ihr einen Aufruf der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, dem Ihr einen eigenen Aufruf folgen lasst. In diesem wird die Vereinigung der U.-S.-P. mit der U.-S.-P. für vollzogen erklärt und dies als der Anfang der sehnlichst erwarteten Wiedervereinigung des zerstückelten sozialistischen Proletariats in Deutschland begrüßt.

Ich könnte mich damit abfinden, ein Häuflein bankrotter Kommunisten zu Parteigenossen zu bekommen, wenn dies bloß eine Begleiterscheinung der Vereinigung des gesamten sozialistischen Proletariats Deutschlands, also im wesentlichen der Vereinigung der U.-S.-P. mit der U.-S.-P. bilden würde.

Dabei ist aber gar nicht die Rede. Ihr verbindet vielmehr die Aufnahme der U.-S.-P. mit der Aufforderung an alle „echten revolutionären Massengenenossen in der rechtssozialistischen Partei“, in die U.-S.-P. einzutreten.

Ich weiß nicht, was Ihr Euch dabei gedacht habt. Die bisherige Erfahrung hat doch schon genugsam gezeigt, daß die eifrigen revolutionären Elemente, die es offenbar auch nach Eurer Ansicht zahlreich in der U.-S.-P. gibt, nicht daran denken, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Insofern ist die Aufforderung eine lächerliche. Doch leider ist sie noch etwas schlimmeres. Sie besagt, daß die Zentralleitung die Vereinigung des deutschen sozialistischen Proletariats durch die

Zerstückelung der U.-S.-P. herbeiführen will, was Reten rücksichtslosen Kampf gegen sie unerlässlich macht.

Euer Aufruf, der als Einigungsschmelze beginnt, klingt also in einen Kriegsruf gegen die U.-S.-P. aus. Ihr drückt einige Duzend kommunistischer Parteiverderber an Euer Herz und verliest gleichzeitig die Klust, die die U.-S.-P. von den Millionen deutscher Proletarier in der U.-S.-P. trennt.

Damit legt Ihr Eurer Politik die Krone auf, die schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten hemmt. Ihr mit Eurem Anhang seid dadurch die Hauptschuldigen geworden an dem Fortbestehen der Spaltung und damit der Schwächung des deutschen Proletariats in einer verzweifeltsten Situation, in der nur engher Zusammenhalt es retten kann.

Da die Einigung des deutschen Proletariats der Hauptzweck meines Lebens geworden ist, wird es mir unmöglich, dieser schweren Schädigung des deutschen und damit des internationalen Sozialismus gegenüber stillzuschweigen. Das würde mich zum Mitschuldigen an eurem Tun machen.

Ich fühle mich gedrängt, vor aller Öffentlichkeit gegen den Aufruf der Zentralleitung der U.-S.-P. die schärfsten Protest einzulegen.

Wohl möglich, daß dieser Protest Euch sehr gleichgültig läßt! Schon 1920 haben ja Crispian und Dittmann, um das Wohlwollen der Moskauer Gewalthaber zu gewinnen, Ihnen erklärt, meine Stimme werde in der U.-S.-P. nicht beachtet. Weit mehr Gewicht für Euch haben Draft und Däumig.

Nicht um Euch zu überzeugen richte ich diesen Brief an Euch, sondern um Klarheit zu schaffen über das Verhältnis zwischen Euch und mir.

Charlottenburg, 25. März 1922.

Mit sozialistischem Gruß

Karl Kautsky.

## Der Kampf um die Planwirtschaft

Von Rudolf Wissell

II

Die Wirtschaft eines Volkes ist etwas organisch Gewordenes: sie kann nicht von heute auf morgen auf gänzlich andere Antriebsmotoren umgestellt werden. Die bisherigen Antriebsmotoren unserer Wirtschaft waren und sind der Erwerbstrieb und der Ehrgeiz — die Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Die bürgerliche Wirtschaftstheorie verkündet, daß es der Gesamtheit diene, wenn möglichst viele Menschen in die Lage kommen, im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung ungehindert ihren eigenen Vortrieben nachzugehen. Angebot und Nachfrage regeln die Preise. Erzeugt wird nicht um den Bedarf des Landes zu decken, sondern des dabei herauspringenden Vorteils wegen. Was mit der erzeugten Ware geschieht, ist dem Erzeuger ganz gleichgültig; mag sie ein Chinese oder Neger oder sonst wer kaufen. Die Hauptsache ist, das verdient wird. Wird durch die Erzeugung von Luxuswaren mehr verdient, als durch die Erzeugung lebensnotwendiger Waren, so werden jene und nicht diese erzeugt. Das mag schließlich in einer in steter Entwicklung aus seinen Anfängen heraus gewachsenen, sich ungleichmäßig und reich gewordenen Wirtschaft, wie sie vor der Kriegszeit bestand, angehen. In demselben Augenblick jedoch, wo der gewohnte Absatz starr und die erforderlichen Rohstoffe fehlen, müssen erhebliche Störungen eintreten. Der Gegensatz zwischen den privaten und den Allgemeininteressen muß sich besonders klar zeigen. Das geschah auch beim Ausbruch des Krieges, als das Weid eintritt und die Allgemeininteressen über die privaten zu stellen mußte.

Wir hatten in der ersten Zeit des Krieges so etwas wie eine Gemeinwirtschaft. Sie wandelte sich in demselben Augenblick wieder zur Individualwirtschaft, als man für die Kriegszwecke der Heimat Gemeinnutz und Profit eben ausschlaggebend sein ließ. Von den das Reich mit Blut und Leben schützenden Männern wurde das Entzerten für die Gesamtheit als elementare Pflicht gefordert: für die Wirtschaft der Heimat galt hier kein sozialistischer Grundsatz nicht. Der kampfende Zwiespalt der für die Kriegszwecke draußen und drinnen geltenden Grundzüge hat den Zusammenbruch der Moral bewirkt, den wir heute alle beklagen. Er macht es besonders schwer, in der Wirtschaft andere als die bisherigen Motoren des Antriebs zur Geltung zu bringen. Sozialistische Wirtschaft erfordert Gemeinnutz, verlangt das Einsetzen der Verantwortlichkeit für die Gesamtheit, läßt die Allgemeininteressen und nicht die Privatinteressen ausschlaggebend sein. Das bedingt eine Umstellung der Menschen, die bei der gegebenen Lastlage nur in langjähriger Erziehungsarbeit erzielt werden kann. Wir müssen sie verhindern. Und sie wird Erfolg haben, weil jeder, der sehen will und der nicht nur an sich denkt, erkennt, daß es so, wie es ist, in unserer Wirtschaft nicht bleiben kann.

Die arbeitenden Schichten des Volkes und die Rentner verelenden immer mehr. Ihr Wohlstand steht in einem beträchtlichen unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit. Breite Schichten des bisherigen Mittelstandes sind zu einer oft tief unter der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft stehenden Existenz herabgeglitten. Dabei macht sich köpfiger Luxus aufreizend geltend. Man dient unzureichend, wertlos dabei mehr verdient, als bei der Deckung des Bedarfs der breiten Schichten des Volkes. Deckung des Bedarfs ist nicht das in erster Linie und mit allen Mitteln erstrebte Ziel.

Alle Welt klagt, daß mehr gearbeitet werden müsse, um aus unserer verzweifelten Lage herauszukommen. Die Rufe nach Verlängerung der Arbeitszeit sind nicht mehr vereinzelt, sondern in allen Reihen des Bürgertums ganz allgemein. Wichtig ist, daß der einzelne nur mehr Waren erhalten kann, wenn mehr erzeugt werden. Das ist auch ohne Verlängerung der Arbeitszeit möglich. Die vorhandenen technischen Produktionsmittel müssen auf das Ziel größtmöglicher Warenerzeugung eingestellt werden. Das geschieht heute nicht. Es kann nur geschehen in einer Wirtschaft, die das Zusammengehörige zusammenfaßt, die planmäßig das Ziel verfolgt, den Bedarf des Volkes auch auf Kosten der mit diesem Ziel kollidierenden Einzelinteressen zu decken. Eine solche Wirtschaft ist als Fortschritt einer sozialistischen Welt möglich. Freilich heute schwieriger durchzuführen als noch vor zwei Jahren. In diesen letzten zwei Jahren haben die Rukuhier der alten und bisherigen Wirtschaft wie nie zuvor verdient. Sie wollen sich diese Möglichkeit nicht verkümmern lassen. Was kümmern sie die Allgemeininteressen? Ihr Ziel ist das Verdienen, ein Überverdienen.

So sind in der Tat die soziologischen Voraussetzungen infolge dieses Widerstandes viel bedeutungsvoller als noch vor zwei Jahren. Aber damals meinten wir, wir mehr erreichen zu können, als eine solche hoch „antibürgerliche“ Wirtschaft. Wir blühten wie bapnotisiert auf die „sozialistische“ und übersehen die Räte und die Gebote der Gegenwart. Welche keine zusammengefaßte Wirtschaft! Damit stärken wir die Unternehmermacht — so wurde es gesagt. Und das Ergebnis war eine sich im Hienensinn zusammenballende Wirtschaft mit ungeahnter Störung der Unternehmermacht.

Aber trotz dieser Schwierigkeiten müssen wir den Versuch zu einer organischen, planmäßig geführten Wirtschaft machen. Wenn wir nur den Willen dazu haben, können wir sie erreichen.

Nun erhebt Salernus den Einwand, das für eine solche Wirtschaft, das Proletariat die Verantwortlichkeit nicht tragen könne. Nicht einmal sämtliche Gewerkschaften hätten einen volkswirtschaftlich geschulten Berater; in den schon heute vorhandenen Selbstverwaltungskörpern habe sich mangels wirtschaftliche Kenntnis der Arbeitnehmerver-

## Revision des türkischen Friedens

Paris, 27. März. Die drei alliierten Außenminister sind bei ihren Beratungen über die Orientfragen zu folgender Verständigung gekommen: Sie wünschen, den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland wieder herzustellen, ohne einer der Parteien Bedingungen aufzuzwingen, die ihnen als Niederlage oder Mißerfolg erscheinen könnten. Die Minister wünschen, die türkische Nation und die türkische Macht unter Bedingungen wieder herzustellen, die den Türken gestatten, zuzurück zu ihrer Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabhängiges nationales Dasein zu führen. Andererseits wünschen sie, der griechischen Nation die Schadloshaltung für die Opfer zu geben, die sie während des Krieges für die Sache der Alliierten auf sich genommen haben. Damit zukünftig zwischen den beiden Völkern gegenseitiges Vertrauen herrsche, hätten die drei Minister Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für die Minderheiten der Araber, Armenier und der Griechen in Europa und Asien vorgezogen. In diesem Sinne wurde auch ein Waffenstillstandsvertrag gemacht, in dem die türkische Regierung die griechische Räumung Kleinasien durchzuführen, wenn diese Operationen durchgeführt werden, wird die türkische Nation in Anatolien vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer, von den Grenzen Kaukasus und Vorderen bis zum Ägäischen Meer sicher gestellt. In Europa werden Konstantinopel und ein breiter Streifen Osttrazien unter der vollen Souveränität des Sultanats verbleiben. Die Territorien und die Meeresgrenzen würden entmilitarisiert. Die alliierten Streitkräfte auf Gallipoli und anderen Militärstützpunkten würden über die Aufrechterhaltung der Maßnahmen wachen. Eine internationale Kommission werde mit der Aufrechterhaltung der Meeresgrenzen betraut. Die Sorge für die Armenier wird dem Völkerbund anvertraut. Die alliierten Minister erkennen an, daß die finanzielle Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße gestärkt werden müsse. Unter dem Vorbehalt gewisser Schutzmaßnahmen für die wirtschaftlichen Interessen der Alliierten würde keine weitere Finanzkontrolle der Türkei stattfinden. Alle diese Vorschläge der alliierten Minister würden den in Frage kommenden Staaten übermittelte, die aufgefordert würden, innerhalb drei Wochen in eine noch näher zu bestimmende Stadt Vertreter zu entsenden.

Den Türken: Ist es gelungen, den Friedensvertrag von Ezerz, der ihnen ebenso aufgegeben werden soll, wie uns der von Versailles, erheblich abzuändern. Sie verlangen das einmal ihrer günstigen Lage: militärisch sind sie in ihrem West- und Westgebirgsland wohl zu schlagen aber nicht zu besiegen und zu unterwerfen gewesen, und wirtschaftlich sind sie als Bauerntum vom Ausland unabhängig, und Druckmittel, wie Bonkott und Blockade, können gegen sie nicht angewandt werden. Außerdem kam ihnen der englisch-französische Gegenschlag in Kleinasien außerordentlich zufluten. Und die Unterstützung, die sie bei den Franzosen fanden, hat ihren Widerstand nicht nur moralisch gestärkt.

Über kann Deutschland wieder auf das eine, noch auf das andere rechnen. Militärisch sind wir ohnmächtig, wirtschaftlich vom Ausland abhängig. Und wenn auch England uns helfen möchte, so war es bisher stets gezwungen, uns preiszugeben, um ein Entgegenkommen Frankreichs in den Orientfragen zu erzielen. Die Beendigung des türkisch-

griechischen Krieges und die Regelung der Orientfragen gewinnen dadurch auch für uns an Bedeutung; denn nunmehr wird England unabhängiger als bisher der französischen Gewaltpolitik auch in den mitteleuropäischen Fragen entgegen treten können.

## Reichstag und Reparationsnote

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 28. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute vormittag 11 Uhr zusammen, um zu der Reparationsnote Stellung zu nehmen. Der Reichstagspräsident ließ jedenfalls die Finanzkontrolle, die von der Reparationskommission gefordert wird, in seiner heutigen Rede als unmöglich bezeichnen, gleichfalls auch darauf hinweisen, daß die Steuererlagen in der gegebenen Frist nicht einzubringen sind. Dem negativen Teil der Note wird ein positiver Teil insofern folgen, als sich der Kanzler zu Verhandlungen bereit erklärt wird, als er mitteilen wird, daß in den folgenden Tagen der Reparationskommission ein ausführliches Memorandum auf alle einzelnen Fragen übergeben werden wird.

Insofern wird betont, daß trotz des scharfen Tones der Note die deutschen Vorbereitungen für die Konferenz in Genua keine Unterbrechungen erfahren, sondern nun nach wie vor gemäß ist, an der Konferenz in Genua teilzunehmen. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht, wie bereits gemeldet, Genosse Stamper. Seine Rede wird zu Beginn eine Verurteilung gegen den Ton der Note enthalten, dann auf die Frage der Erfüllungspolitik eingehen. Im übrigen wird Stamper zeigen, daß die Reparationskommission in mancher Hinsicht ihre Bedingungen überschritten hat. Gleichzeitig wird aber zum Ausdruck gebracht werden, daß, wenigstens soweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, man jederzeit bereit ist, ins einzelne gehende Vorschläge der Reparationskommission, die sich auf die Steuern beziehen, zu prüfen.

Die Frage der Festsetzungen wird auch unter Einfluß der Spaniensache, wie überhaupt des vorläufigen Mantelgesetzes nicht für abgeschlossen gehalten. Andererseits wird unter Fraktionsredner darauf hingewiesen, daß das, was die Reparationskommission von uns fordert, in den angegebenen Formen kaum Kräfte nicht erschöpfbar ist. Das Schwere rüster sich an das Ausland, das seine Art, wie es gegen Deutschland auftritt, nicht nur ein Verbrechen gegen Deutschland, sondern auch gegen die europäische Politik ist. Es ist zu erwarten, daß nach der Reichstagsrede nicht, wie üblich, ein sozialdemokratischer Redner, sondern der sozialdemokratische Abgeordnete zu Worte kommt.

## Wissukow in Berlin

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 28. März. Der langjährige Führer der rechten Radikalenpartei und der erste Außenminister der ersten russischen Republik, Paul Wissukow, ist heute in Berlin eingetroffen. Seit dem Sieg des Bolschewismus lebte er in Paris, von wo er noch immer großen Einfluß auf die russische Politik ausübte. Wissukow war er auch in Amerika. In Berlin wird Wissukow einen Vortrag über seine Reise und seine Erfahrungen in Amerika halten.